

Olaf Scholz macht sich selbst Mut

Mehr Sicherheit, mehr Zusammenhalt, mehr Wachstum - dafür will der Kanzler Geld ausgeben. Dass aus den Haushaltsgesprächen ansonsten wenig nach außen dringt, gefällt ihm.

VON JAN DREBES, BIRGIT MARSCHALL
UND KERSTIN MÜNSTERMANN

BERLIN An einer Stelle der Regierungserklärung klatscht auch Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) dem Bundeskanzler von der SPD Beifall. Ebenso wie alle Abgeordneten der Union, der SPD, der Grünen und der FDP. Denn Olaf Scholz kritisiert mit deutlichen Worten die Abwesenheit der Abgeordneten von AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht bei der Rede des ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj vor zwei Wochen. „Das war falsch, feige und dieses Hauses unwürdig“, ruft Scholz am Mittwoch ins Plenum. Die Mehrheit der AfD-Fraktion sowie die Abgeordneten des BSW waren der Rede des ukrainischen Staatspräsidenten demonstrativ ferngeblieben.

Doch das ist es dann auch schon mit der Einigkeit. Als der Regierungschef betont, man sei bei den Haushaltsgesprächen der Ampelkoalition auf einem guten Weg, erntet er höhnisches Gelächter der Opposition. Scholz fährt unbeirrt fort: Es gebe sehr „kollegiale, sachorientierte und vertrauliche“ Gespräche über den Etat für das kommende Jahr

und einen Wachstumsturbo für die Wirtschaft. „Wir werden den Haushaltsentwurf im Juli vorlegen.“

Nun denn. Ursprünglich hatten sich Scholz, Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) einen Kabinettsbeschluss am 3. Juli vorgenommen. Nun heißt es, die Bundesregierung strebe den Kabinettsbeschluss zum Haushalt am 17. Juli an. Der ursprüngliche Termin sei nicht zu halten gewesen, weil die Einarbeitung politischer Beschlüsse in den Haushaltsplan durch die Beamten des Bundesfinanzministeriums rund zwölf Tage in Anspruch nehme. Die politische Einigung über die Konsolidierungsschritte und das Dynamisierungspaket zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der Wirtschaft müssen demnach Ende kommender Woche stehen.

Bei den Verhandlungen seien aber bereits Fortschritte erzielt worden, wird verbreitet. Über die Ausgaben der Einzelressorts 2025 sei man sich weitgehend einig. Nun gehe es vor allem um das geplante Dynamisierungspaket. Bisher war von einem Haushaltsloch in Höhe von 25 Milliarden Euro die Rede, das die Koalition schließen muss.



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seiner Regierungserklärung am Mittwoch im Bundestag. FOTO: MICHAEL KAPPELLER/DPA

Merz belässt es nicht bei Kritik am Haushalt, er wirft Scholz insgesamt eine fehlgeleitete Politik gegen die Interessen Deutschlands vor. „Noch nie in der Geschichte unseres Landes hat eine Regierung so gegen die klaren Interessen der eigenen Bevölkerung regiert, wie Sie das tun“, betont der CDU-Chef. Für kein einziges Projekt habe die Regierung die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung. Die Koalition werde „nur noch von der Not zusammengehalten“. Scholz sei offensichtlich „immer noch unfähig und unwillens zur Selbstkritik und zur Korrektur“ seiner Politik. Er mache Krisen verantwortlich für das Erstarken von Links- und Rechtsradikalismus. Doch: „Sie sind dafür verantwortlich, dass die Probleme in unserem Lande nicht gelöst werden“, ruft Merz dem Kanzler zu.

Scholz bezeichnet den Ausgang der Europawahl, bei der seine Partei ein historisch schlechtes Ergebnis eingefahren hatte, als „Einschnitt“. Das Ergebnis habe gezeigt, „dass ganz offenbar angesichts all der vielen Krisen vielen die Zuversicht abhanden gekommen ist“, sagt er. Daraus folge ein Auftrag an die Regierung: „Wir müssen dort, wo Zuversicht fehlt, sie neu begründen.“ Einsparungen im Sozialbereich lehnt der SPD-Kanzler weiter ab, weil dies zulasten des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehen würde. Ziel der Regierung müsse es vielmehr sein, dass die Wirtschaft wieder schneller wachse, so Scholz.

Intern dringt vor allem die SPD in der Koalition auf einen schnellen Haushaltsbeschluss. Für Lindner dagegen wäre auch ein noch späterer Kabinettsbeschluss kein größeres Problem. „Entscheidend ist, dass wir den August als Parlament

INFO

Schwache Konjunktur schmälert Einnahmen

Einnahmen Nach der jüngsten Steuerschätzung vom Mai muss der Bund 2025 mit elf Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen auskommen als zuvor erwartet.

Ausgaben Nach bisheriger Finanzplanung sieht der Bund 2025 Ausgaben von knapp 452 Milliarden Euro vor - etwa 25 Milliarden weniger als 2024.

zur Lektüre haben sowie den Anfang des Septembers zum internen Diskurs - und dann ab Mitte September zur Haushaltsdebatte im Plenum schreiten können“, sagte FDP-Chefhaushälter Otto Fricke unserer Redaktion.

Doch es bleibt spannend. In der kommenden Woche soll nach Aufforderung von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich der Bundeskanzler ein politisches Signal in die Fraktion geben, mit welchen Schwerpunkten beim Haushalt zu rechnen ist. Fraktionsgeschäftsführerin Katja Mast betont schon mal: „Wenn das Kabinett den Haushaltsentwurf beschließt, werden wir diesen in der Fraktion diskutieren - und zwar in einer Präsenzsitzung in Berlin, auch in der sitzungsfreien Zeit.“

Auf Zeitpläne lässt sich der Kanzler im Plenum nicht ein. Er selbst hat einen eng gestrickten. Er muss am Donnerstag nach Brüssel zum Gipfel der Europäischen Union. Am Sonntag hat er den ganzen Tag für den Haushalt eingeplant. Am Ende des Tages soll er dann stehen. So viel zur Zuversicht.

Union lästert über EM-Kanzler, SPD grätscht zurück

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Einst war es so: Die deutsche Mannschaft schoss ein Tor, und im Fernsehen war auch eine Bundeskanzlerin zu sehen, die jubelte, herzte oder über die Tribüne flitzte. Das war Angela Merkel. Jetzt, bei der Fußball-Europameisterschaft im eigenen Land, erzielen Musiala und Füllkrug ihre Treffer - aber der Kanzler wird irgendwie nicht einbezogen: Olaf Scholz. Und wenn doch, fällt er wegen anderer auf der Tribüne kaum auf.

Nun hat der Hanseat bisher noch nicht vollends Gelegenheit gehabt,

die Spiele der Nagelsmänner zu schauen. Bei der Eröffnung des Turniers gegen Schottland weitete er auf dem G7-Gipfel in Italien. Bei den Spielen gegen die Ungarn in Stuttgart und gegen die Schweiz in Frankfurt war er aber im Stadion. Dort saß er staatsmännisch im Sakko neben DFB-Präsident Bernd Neundorfer, vor ihm in der Reihe sah man Außenministerin Annalena Baerbock und Innenministerin Nancy Faeser. Beide auffallend im Trikot der Nationalmannschaft. Mit deutlich mehr Emotionen angesichts der nicht einfachen Partie gegen die Eidgenossen drängten sie

ihren Chef nicht nur bildlich in den Hintergrund. Davon auszugehen ist, dass Scholz auch am Samstag in Dortmund sein wird, zumindest deuten dies Regierungskreise auf Nachfrage an. Dann kickt das Team gegen Dänemark im Achtelfinale - ein K.o.-Spiel. Gefühle pur. Vielleicht platzt dann der Knoten.

Zur Erinnerung: Merkel galt als DFB-Maskottchen, kein Turnier ohne die CDU-Frau in vorderster Reihe, inklusive Kabinensbesuch und Tätscheln der halbnackten Spieler. Sie hatte die Handynummer der wichtigsten Matadore; sie nutzte den Fußball auch geschickt für ihre

eigene Beliebtheit und ihre politische Agenda. Und Scholz? Dass der Kanzler und seine Ampel möglichst auf den Titel hoffen, ist unbestritten - weil das die Stimmung im Land endlich verbessern könnte.

Die Union stürmt nun allerdings vor und lästert, dass der Sozialdemokrat halt nicht zum Fußballkanzler taugt. CDU-Mann Christoph Ploß, ebenfalls Hamburger, glaubt die Gründe zu kennen, warum Scholz nicht ein wenig auf Merkel macht. „Er ist weltweit einer der unbeliebtesten Regierungschefs und hat bestimmt Angst, im Stadion ausgebuht zu werden“, stichelt der CDU-Mann.

„Olaf Scholz verbreitet eben weder in der Politik noch im Stadion Begeisterung.“

Wahr ist: Als der Kanzler unlängst bei der Handball-Europameisterschaft in Deutschland als Ehrengast begrüßt wurde, wurde er gnadenlos ausgebuht. Im Kanzleramt will man von solchen Sorgen jedoch nichts wissen. Und Einfluss auf die TV-Bilder hat man sowieso nicht. Die Regie führt die Uefa.

Die SPD stärkt dann auch ihre Abwehr um den Regierungschef. Sabine Poschmann, sportpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, betont, jede Kanzlerin und jeder

Kanzler habe einen eigenen Stil, „und das ist auch gut so. Olaf Scholz ist vielleicht nicht der Typ, der vor der Kamera jubelt und tanzt - die Bühne überlässt er lieber unseren Jungs auf dem Platz“, so Poschmann zu unserer Redaktion. Es sei auch gut, dass Scholz sich nicht medienwirksam in den Mittelpunkt dränge. Der Unterstützung des Kanzlers könne sich die Nationalelf aber sicher sein. „Und die wirklich spannenden Spiele in der K.o.-Runde kommen ja erst noch. Da gibt es bestimmt noch die Chance, einen jubelnden Olaf Scholz zu sehen“, so Poschmann.

Ministerin weist Vorwürfe zurück

Bettina Stark-Watzinger muss sich zur Fördermittel-Affäre befragen lassen.

VON MEY DUDIN

BERLIN Zu Beginn der Regierungsbefragung im Bundestag macht Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) ein paar „grundsätzliche Anmerkungen“ zur aktuellen Debatte um ihr Haus. Sie schildert am Mittwoch, dass seit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober ein „nicht zu erwartender Antisemitismus“ in Deutschland ausgebrochen sei, auch an den Hochschulen. Einige jüdische Studenten seien bereits im zweiten Semester beurlaubt, weil sie sich nicht auf den Campus trauten. Dann äußert sie sich zu den Vorwürfen. Ihr Ministerium verberge „Fördermittel nach wissenschaftlicher Exzellenz, nicht nach politischen Weltanschauungen“, betont sie.

Die Ministerin ist in den vergangenen Wochen massiv in die Kritik geraten. Es ging um den Umgang ihres Ministeriums mit einem offenen Brief zu propalästinensischen Protesten. Im Mai wurde an der Freien Universität (FU) Berlin ein Protestcamp geräumt. Daraufhin unterzeichneten mehr als 100 Pro-

fessoren und Dozenten verschiedener Hochschulen einen offenen Brief, in dem sie den Polizeieinsatz kritisierten und auf die Grundrechte der Betroffenen verwiesen.

Stark-Watzinger reagierte darauf entsetzt. „Statt sich klar gegen Israel- und Judenhass zu stellen, werden Uni-Besitzer zu Opfern gemacht und Gewalt verharmlost“, sagte sie damals der „Bild“-Zeitung. Im Bundestag bekräftigt sie ihre Kritik an dem offenen Brief. Er sei zwar von der Meinungsfreiheit gedeckt, aber man müsse ihm nicht zustimmen. „Und ich setze eine andere Meinung entgegen. Ich halte ihn für falsch.“

In Bedrängnis geriet die Ministerin, als das ARD-Magazin „Panorama“ interne Ministeriums-E-Mails veröffentlichte, wonach die Leitung des Hauses prüfen lassen wollte, inwieweit der offene Brief strafrechtlich relevante Aussagen ent-

hielt. Außerdem wurde die Frage aufgeworfen, ob das Ministerium als Konsequenz Fördermittel streichen könnte. Kurz darauf gab Stark-Watzinger die Versetzung ihrer Staatssekretärin Sabine Döring in den einstweiligen Ruhestand bekannt. Diese habe den Prüfauftrag veranlasst und dabei den Eindruck erweckt, „dass die Prüfung förderrechtlicher Konsequenzen auf der Basis eines von der Meinungsfreiheit gedeckten offenen Briefes“ erwogen werde, hieß es.

Im Bundestag betont die Politikerin nun, sie habe durch die Medienberichterstattung davon erfahren. Auch die Erstellung einer Liste von denjenigen Unterzeichnern des Briefes, die in Verbindung zum Ministerium stehen, etwa über Fördermittel, habe sie nicht in Auftrag gegeben. Die Übersicht sei auf der Fachebene erstellt worden und auch dort verblieben.

Ausweisung nach Hasskommentaren wird erleichtert

BERLIN (dpa) Die Ausländerbehörden der Länder sollen Menschen, die terroristische Taten gutheißen, künftig leichter ausweisen und damit im Einzelfall auch eher abschieben können. Das Bundeskabinett billigte am Mittwoch einen entsprechenden Entwurf von Innenministerin Nancy Faeser (SPD). Demnach soll eine Ausweisung schon nach Billigung einer einzelnen terroristischen Straftat ermöglicht werden. Als Verbreitung eines Inhalts im Sinne des Entwurfs soll dann nicht nur das Erstellen von entsprechenden Inhalten gelten, sondern etwa auch das Markieren eines Beitrags durch „Gefällt mir“ in sozialen Netzwerken wie Youtube, Instagram oder Tiktok. Die Bundesregierung reagiert mit ihrem Vorhaben auf Hasspostings im Netz etwa nach dem Angriff der islamistischen Hamas auf Israel oder nach dem tödlichen Messerangriff während einer islamkritischen Veranstaltung in Mannheim. Dabei hatte ein Afghane Ende Mai einen Polizisten getötet. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte daraufhin die Gesetzesverschärfung angekündigt.

Mehr als ein Jahr Haft für Holocaust-Leugnerin

HAMBURG (dpa) Das Landgericht Hamburg hat die notorische Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck am Mittwoch wegen Volksverhetzung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt. Mit einbezogen werde dabei ein Berliner Urteil von 2022 in einem anderen Prozess, sagte die Vorsitzende Richterin in dem Berufungsverfahren. Vier Monate werden als bereits vollstreckt angesehen, weil es zu mehrjährigen Verfahrensverzögerungen gekommen war. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Die Staatsanwaltschaft hatte der inzwischen 95-jährigen Volksverhetzung in zwei Fällen vorgeworfen. Die in Nordrhein-Westfalen wohnende Haverbeck hatte am 21. April 2015 am Rande des Lüneburger Prozesses gegen den früheren SS-Mann Oskar Gröning vor Journalisten gesagt, Auschwitz sei kein Vernichtungslager, sondern ein Arbeitslager gewesen. In einem Fernsehinterview

des NDR-Magazins „Panorama“ verneinte sie zudem, dass es dort eine Massenvernichtung von Menschen gab. Nach Schätzungen von Historikern ermordeten die Nazis allein im KZ Auschwitz-Birkenau mindestens 1,1 Millionen Menschen.

Seit Jahren müssen sich immer wieder Strafgerichte mit Aussagen der in rechts-extremen Kreisen populären Haverbeck befassen. Im Jahr 2004 wurde sie erstmals verurteilt. Damals erhielt sie eine Geldstrafe. Zuletzt ergingen jedoch Strafen ohne Bewährung. Haverbeck saß wegen Holocaust-Leugnung auch bereits mehr als zwei Jahre im Gefängnis. 2022 wurde sie erneut wegen Volksverhetzung von einem Berliner Gericht zu einem Jahr Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt. Die Haft trat sie bislang nicht an. 2015 war sie vom Amtsgericht in Hamburg zu zehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Dagegen hatte sie Berufung eingelegt.

Die inzwischen 95-jährige Angeklagte muss sich seit 2004 immer wieder vor Gericht verantworten

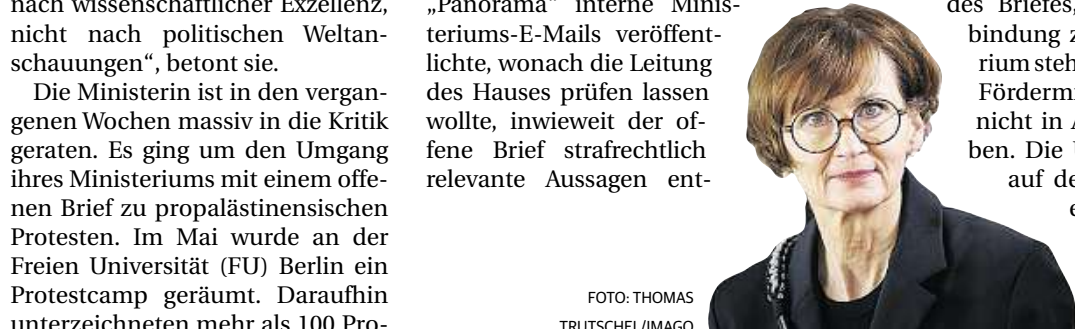


FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/IMAGO